

Verschwinden(lassen) mit System

Seit drei Jahren sucht Edita Burgos nach ihrem Sohn Jonas

Die philippinische Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo wusste am Wochenende des 14./15. November 2009 nicht, worüber sie sich mehr freuen sollte – ob über den just erkämpften Sieg ihres Landmanns und frisch gekürten Boxweltmeisters im Weltergewicht, Manny »Pacman« Pacquiao oder über den Besuch von US-Außenministerin Hillary Clinton am 12. und 13. November.

Rainer Werning

Im Vorfeld ihres Besuchs hatten philippinische Bürgerrechtsbewegungen und internationale Menschenrechtsorganisationen wie *Human Rights Watch* und *amnesty International* Frau Clinton aufgefordert, das Thema Menschenrechte ganz oben auf ihrer Agenda in Manila zu platzieren. Doch nichts dergleichen geschah. Ein Schlag unter die Gürtellinie all derer, die Opfer des »Antiterror-Feldzuges« der Regierung Arroyo wurden.

»Wenn er tot ist, wird er sicherlich im Himmel sein«, sagt Edita Burgos, eine resolute Frau in den frühen Sechzigern, »sollte er allerdings noch leben, soll er wissen, dass wir in all den Jahren nichts unversucht gelassen haben, ihn zu suchen.« Die Person, die Frau Burgos nach annähernd drei Jahren noch immer – bislang vergeblich – sucht, ist ihr Sohn Jonas. Diese Suche haben die tief religiöse und besorgte Mutter und Jonas' jüngerer Bruder JL im Oktober und November 2009 erneut nach Europa geführt. Britannien, Deutschland, Belgien und Italien waren diesmal einige ihrer Stationen, wo sie gegenüber Regierungsmitgliedern und EU-Vertretern auf ihr eigenes Schicksal und das zahlreicher anderer philippinischer Familien aufmerksam machen und Rechtsbeistand erwirken wollten.

Jonas Burgos war 37 Jahre alt, als er am 28. April 2007 von bewaffneten Personen beim Mittagessen

aus einem Restaurant in Manila gezerrt und entführt wurde. Zeug/innen erinnerten sich, dass Jonas seinen Entführer mehrfach ins Gesicht schrie »Ich bin nur ein Aktivist!«. Keiner der anwesenden Gäste schritt ein, als Jonas an Händen und Füßen gepackt und in einen vor dem Restaurant wartenden Lieferwagen gestoßen wurde. Einer der Entführer identifizierte sich als Polizist. Wenngleich über das Nummernschild das bei der Tat benutzte Fahrzeug später in einem Militärlager sichergestellt werden konnte, verweigert das Militär bis heute weitere Informationen. Die Angehörigen und Freunde von Jonas sind sich sicher über den Grund seines Verschwindens: Der auf ökologischen Landbau spezialisierte Landwirt war ein Mitglied der *Alyansa ng Magbubukid sa Bulacan* (AMB – Allianz engagierter Bauern in Bulacan), einem nördlich von Manila aktiven Regionalverband der landesweiten Bauernorganisation *Kilusang Magbubukid ng Pilipinas* (KMP – Bauernbewegung der Philippinen), und mehrfach hatte er Farmer in Rechtsfragen beraten. AMB und KMP streiten seit Jahren für die Belange ausgebeuteter Pächter und Kleinbauern und haben sich so den Zorn von Großgrundbesitzern, deren Schlägertrupps und staatlicher Sicherheitskräfte zugezogen. Beide Organisationen hat das Militär auf die Liste der sogenannten Staatsfeinde gesetzt, mehrere ihrer Mitglieder sind verschwunden oder getötet worden.

Antikommunistischer Kitt

Seit dem Amtsantritt von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo im Januar 2001 sind laut Recherchen der philippinischen Menschenrechtsorganisation Karapatan weit über 1.000 Menschen Opfer außegerichtlicher Hinrichtungen geworden, 202 Personen erlitten dasselbe Schicksal wie Jonas Burgos. Kein

Der Autor ist Politikwissenschaftler & Publizist mit dem Schwerpunkt Südost- und Ostasien, befasst sich seit 1970 intensiv mit den Philippinen und ist u.a. gemeinsam mit Niklas Reese Ko-Herausgeber des in 3. Auflage erschienenen »Handbuch Philippinen – Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur« (Horlemann Verlag: Unkel/Bad Honnef, 384 S., 14,90 €).

einziges dieser Verbrechen wurde bis heute aufgeklärt. Die Täter werden im Militär und im Umfeld staatlicher Sicherheitskräfte vermutet und laufen frei herum. Geschützt werden sie von einer Regierung, die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 die dreieinige Strategie Antikommunismus-*Counterinsurgency* (Aufstandsbekämpfung)-Terrorbekämpfung auf ihre Fahne geschrieben hat. Im Visier stehen dabei legale fortschrittliche und linke Gruppierungen und Personen, um gemäß der geltenden *Counterinsurgency*, dem »Oplan Bantay Laya II« (OBL II – »Operationsplan Freiheitswacht/Phase II«), vermeintliche »Vorfelddorganisationen« der Kommunistischen Partei und ihrer Guerilla, der Neuen Volksarmee, »auszuschalten«. Betroffen waren bis dato in erster Linie Aktivist/innen der im Kongress vertretenen linken Parteien *Bayan Muna* und *Anakpawis* – und eben NGOs wie AMB und KMP.

»Knowing the Enemy« (»Den Feind erkennen«) heißt der Titel einer umfangreichen Powerpoint-Präsentation, die um die Jahreswende 2004/2005 im Hauptquartier der philippinischen Streitkräfte (AFP-

Armed Forces of the Philippines) erstellt wurde und seitdem landesweit die Runde macht – eingesetzt von Offizieren, die ihr Lebenselixier aus der »Ausrottung des kommunistischen Terrors« saugen. Wie kein anderer AFP-Offizier verkörperte Generalmajor Jovito Palparan bis zu seiner Pensionierung im September 2006 den Prototyp einer Haudegenpolitik, die Regierungskritiker/innen als »Todesschwadronendemokratie« und den General selber als »berdugo« (»Schlächter«) bezeichnen.

Bereits als junger Leutnant, der Mitte der 1970er Jahre im südlichen, vorwiegend muslimischen Landesteil, auf den Inseln Basilan und Jolo, stationiert war, schreckte Palparan nicht davor zurück, die Ermordung jugendlicher Muslime billigend in Kauf zu nehmen. Diese nämlich, so Palparan, würden sich, einmal erwachsen, ohnehin dem bewaffneten Widerstand anschließen. Danach war der in immer rascherer Folge beförderte Offizier als Befehlshaber an anderen Hotspots des Landes im Einsatz – u.a. auf den Inseln Mindoro und Samar, bis er als seine letzte Dienststelle das Oberkommando der 7. Infanteriedivision in Zentralluzon (nördlich von Manila) übernahm. In dieser Funktion setzte er sich tatkräftig dafür ein, »mit Aufständischen, Terroristen und Kommunisten kurzen Prozess zu machen«. In Malacanang, dem Amtssitz der Präsidentin, bleibt Palparan ein gern gesehener Gast, der von Frau Arroyo mehrfach öffentlich für seine »Verdienste für die nationale Sicherheit« gewürdigt wurde und dessen Rat sie gern einholt. Auch als General a.D. muss Palparan auf seine Lieblingsbeschäftigung nicht verzichten. Während zahlreiche Menschen inner- wie außerhalb des philippinischen Kongresses diesen Mann lieber heute als morgen hinter Gittern sähen, genießt der Exgeneral Immunität – seit Ende April 2009 sitzt er als Abgeordneter der stramm antikommunistischen Partei *Bantay* im Unterhaus der Legislative.

Keine Besserung unter Arroyo

Edita Burgos ist fest davon überzeugt, dass sich die Menschenrechtslage in ihrem Land unter Frau Arroyo keinen Deut bessern wird. Mit klarem und starkem politischen Willen ließen sich all die außergerichtlichen Hinrichtungen und Entführungen aufklären und die unsägliche Kultur der Straflosigkeit überwinden. In diesem Sinne verweist Frau Burgos, die gleichzeitig auch Leiterin der Menschenrechtsorganisation *Families of Desaparecidos for Justice* (Familien der Verschwundenen für Gerechtigkeit) ist, auf entsprechende Interventionen aus dem Ausland. Bereits im Herbst 2006 erhoben neben *amnesty international* und *Human Rights Watch*, Botschaftern von EU-Ländern in Manila, Kirchen in den USA und Kanada und selbst strikt antigewerkschaftlich eingestellte Großunternehmen wie *WalMart* und *Gap Inc.* schwe-



Edita Burgos bei ihrem Besuch in Europa

Foto: M. L. Hardillo

re Vorwürfe gegen die Regierung in Manila und forderten einen Stopp der Tötungen. Nachdem Philip Alston, UN-Sonderberichterstatter für Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren und willkürliche Exekutionen, sowie Martin Scheinin, UN-Sonderberichterstatter zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, im Rahmen der Terrorismusbekämpfung Mitte Februar beziehungsweise Mitte März 2007 die philippinische Regierung aufforderten, die Straffreiheit der meist paramilitärischen Täter aufzuheben und angemessenen Zeugenschutz zu garantieren, hat Manila nichts dergleichen unternommen.

Rechtsmittel erfolglos

Frau Arroyo ist dermaßen diskreditiert und kalt-schnäuzig, so Edita Burgos, dass sie alles tut, um sich und ihre Klientel an der Macht zu halten und vor künftiger Strafverfolgung zu schützen: »Die Botschaft der Präsidentin ist eindeutig. Wer immer sich dafür einsetzt, das Schicksal der Ermordeten und der Entführten, einschließlich Jonas, aufzuhellen, verliert unverzüglich sein Gehalt und seinen Job – möglicherweise gar sein Leben«. Jonas' jüngerer Bruder JL, der als freischaffender Künstler und Filmemacher arbeitet und nebenbei das *Free Jonas Burgos Movement* leitet, verweist auf eine andere Seite seines Familienschicksals. Sein Vater José Burgos, Anfang der 1980er Jahre ein angesehener Journalist und Verleger des regimekritischen Blattes *We Forum*, war von den Schergen des Marcos-Regimes festgenommen und fast ein Jahr lang inhaftiert worden. »Doch selbst während des Kriegsrechts«, wundert sich JL, »zeigte man meinem Vater und anderen damals missliebigen Personen wenigstens einen Durchsuchungs- und Haftbefehl. Heute, unter angeblich demokratischen Bedingungen, wird eines unserer Familienmitglieder einfach gewaltsam entführt«. Seine Mutter Edita beschreibt eine grausame Prozedur, der sie sich mehrfach unterziehen musste. Erhielt sie den Hinweis, die Leiche eines mit Foltermalen übersäten, fast gleichaltrigen Mannes wie Jonas zu identifizieren, überfiel sie stets schreckliche Angst: »Wenn ich mich auf den Weg machte, betete ich die ganze Zeit, dass es doch nicht Jonas ist. Doch selbst als mir klar war, dass es bislang niemals Jonas war, konnte ich mich letztlich nicht freuen. Dann muss ich an die Mutter denken, die irgendwo noch nach ihrem Sohn sucht oder kein Fahrgeld hat, um dessen sterbliche Überreste zu identifizieren«.

Sämtliche Rechtsmittel hat Edita Burgos ausgeschöpft und alles unternommen, was in ihren Kräften stand. Sie sprach mit Polizisten, Militärs, Richtern, Politikern, Regierungsvertretern und selbst mit Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo.

Am 18. Dezember 2007 wurde das Militär vom philippinischen Berufungsgericht angewiesen, das

gesamte Beweismaterial im Fall Burgos zur Verfügung zu stellen. Die Menschenrechtskommission und die Polizei wurden angewiesen, in dem Fall zu ermitteln. Beim Obersten Gerichtshof reichte Frau Burgos Klage ein, von der sie sich die Aufklärung des Falles ihres Sohnes verspricht. Im September 2007 besuchte sie gemeinsam mit dem Menschenrechtsanwalt Edre Olalia Mitglieder der UN-Arbeitsgruppe über erzwungenes Verschwinden in Genf und reichte dort formal Beschwerde gegen die philippinische Regierung ein. Manila wurde sodann in einem Schreiben der Arbeitsgruppe dringend gebeten, den Fall Jonas Burgos unverzüglich zu untersuchen. Bis zum heutigen Tage bleibt Jonas Burgos jedoch verschwunden und Hinweise darauf, ob er überhaupt noch lebt, gibt es nicht.

Militärische Kontaktpflege über Menschenrechte

Bürgerrechtsaktivist/innen in den Philippinen nahmen deshalb den Besuch von US-Außenministerin Hillary Clinton in Manila vom 12. bis 13. November 2009 zum Anlass, den hochrangigen Gast zu bitten, das Thema Menschenrechte in den Philippinen gegenüber Präsidentin Arroyo zur Sprache zu bringen. Die höchstrangige Diplomatin der USA vermied jedoch tunlichst alles, was in punkto Menschenrechte als Kritik an der amtierenden Präsidentin hätte ausgelegt werden können. Während einer Großveranstaltung in der vom Dominikanerorden geleiteten Universität Santo Tomas im Herzen von Manila brachte Frau Clinton ihre Sicht der Menschenrechte auf den Punkt. Die Philippinen und die USA, so die Außenministerin, hätten da gleichermaßen Probleme, die es gemeinsam zu lösen gelte. »Wir sind da keineswegs perfekt. Doch wir werden fortfahren, diesbezüglich Fragen zu stellen«, so Clinton wörtlich, »und wie es sich nun mal zwischen Freunden geziemt, werden wir auch damit fortfahren, entsprechend Hilfestellung zu leisten«.

Als ermutigendes Signal werten derweil Frau Burgos und all ihre Mitstreiter/innen die Entscheidung des US-amerikanischen Kongresses, die für das Jahr 2010 avisierte zusätzliche Militärhilfe in Höhe von zwei Millionen US-Dollar an Manila einzufrieren. Die Gelder sollen erst abfließen, wenn jene Bedingungen erfüllt sind, die UN-Sonderberichterstatter Philip Alston im Frühjahr 2007 formuliert hatte. »Unser Kampf endet erst«, betont Edita Burgos, »wenn Gerechtigkeit hergestellt und verankert ist«.